Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,– RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 51 • 36. Jahrgang — Berlin, den 20. Dezember 1930

Bekanntmachung

Bisher sind die verschiedensten Versuche der kommunistischen Parteianhänger, auch in unserem Verbande stärkeren Einfluß zu gewinnen, an der konsequenten Haltung der leitenden Verbandsinstanzen und an dem gesunden gewerkschaftlichen Sinn der Mitglieder gescheitert. Jetzt sind die kommunistischen Drahtzieher dazu übergegangen, ihre gewerkschafts- und daher arbeiterschädigenden Bestrebungen organisatorisch aufzuziehen, und weil sie in ihrer geistigen Armut nicht imstande sind, die ihnen von ihrer Moskauer Leitung vorgeschriebenen Ideen sachlich zu propagieren, gehen sie mit den brutalsten Mitteln tätlich gegen die vernünftig denkende Kollegenschaft in den Betrieben, in den Arbeitsnachweisen und gegen Organisationsfunktionäre vor. Aus diesen Gründen mußte bereits eine Anzahl solcher Schädlinge durch Ausschluß aus dem Verbande entfernt werden.

Mit der Gründung der RGO. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) hat die Kommunistische Partei eine gewerkschaftsfeindliche Organisation geschaffen zu dem ausgesprochenen und in deren „Richtlinien" festgelegten Zweck, die gewerkschaftliche Arbeit der freien Verbände zu stören und deren Kämpfe um die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft lahmzulegen.

Diesem verbrecherischen Treiben muß Einhalt geboten werden. Die Kollegenschaft allerorts hat die Pflicht, sich gegen die Zerstörung ihrer in jahrzehntelanger, mühevoller und opferreicher Arbeit aufgebauten Organisation zu wehren. Der Verband hat bis heute auf dem Lohn- und Arbeitsgebiete Großes geleistet. Er sorgt daneben für seine arbeitslosen, kranken und invaliden Mitglieder nach Kräften. Er wird auch in der Abwehr sozialreaktionärer Angriffe der Unternehmer hinter der Kollegenschaft stehen. Alles das aber kann nur geschehen, wenn Zwietracht und Uneinigkeit aus unseren Reihen ferngehalten werden. Die RGO. steht diesem Streben feindlich gegenüber. Sie bekämpft die Gewerkschaften und ihre Einrichtungen und leistet damit bewußt der Reaktion auf politischem und wirtschaftlichem Kampfboden Helfersdienste.

Der Verbandsvorstand und der Verbandsbeirat haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie gegen jeden Organisationsschädling mit den schärfsten statutarischen Mitteln vorgehen, was durch die bisher erfolgten Ausschlüsse in die Tat umgesetzt wurde.

Wir wiederholen heute diese Warnungen und machen hiermit bekannt, daß

die Zugehörigkeit zu jeder gewerkschaftsfeindlichen Organisation, insbesondere zur **kommunistischen RGO.** (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), mit der Mitgliedschaft in unserem Verbande unvereinbar ist.

Zuwiderhandelnde Mitglieder sind auf Grund des § 13 Ziffer b und c des Verbandsstatuts auszuschließen.

Wir machen es den Gau- und Zahlstellenvorständen zur Pflicht, strikte nach dieser Bekanntmachung zu handeln. Wer nicht mit uns ist — ist gegen uns, und wer gewerkschaftliche Disziplin nicht zu beachten gewillt ist, muß aus unseren Reihen entfernt werden.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: E. Pucher.

Von den Lohnverhandlungen

Die der Tarifkommission am 15. Dezember unterbreiteten Anträge beider Tarifparteien haben folgenden Wortlaut:

1. Antrag der Prinzipale

Der Spitzenlohn wird auf 50 M. festgesetzt.

Die sich aus dieser Festsetzung des Spitzenlohnes für die einzelnen Lohn- und Ortsklassen ergebenden Differenzbeträge kommen auch dann in Abzug, wenn ein über dem Tariflohn liegender Gesamtlohn vereinbart ist.

2. Antrag der Gehilfen und Hilfsarbeiter

Die Lohnvereinbarung vom 14. März 1929 wird verlängert.

Die wöchentliche Arbeitszeit ist zum Zwecke der Wiedereinstellung arbeitsloser Gehilfen und Hilfsarbeiter vorübergehend auf 40 Stunden, die auf fünf Tage zu verteilen sind, zu verkürzen.

Der sich daraus ergebende Lohnausfall ist unter besonderer Berücksichtigung der Minderentlohnten von Unternehmern und Arbeitern zu tragen.

Der § 3, Ziffer 1, des Manteltarifs soll durch die vorübergehende Verminderung der Arbeitszeit nicht berührt werden.

In der sofort aufgenommenen Aussprache über diese Anträge wurde prinzipalsseitig unter Berufung auf die Lohnverhältnisse im Buchdruckgewerbe und deren Veränderung in den letzten Jahren, auf Preissenkungen in letzter Zeit und der gewerblichen Lage im besondern die Notwendigkeit der beantragten Herabsetzung der Löhne zu begründen versucht. Von Arbeiterseite wurde hierauf eine eindringliche Begründung der Notwendigkeit einer Wiedereinreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß als der wichtigsten Gegenwartsfrage gegeben. In der folgenden Debatte wurde prinzipalsseitig dagegen eine ablehnende Haltung eingenommen, weshalb auch die weiteren Verhandlungen der Tarifkommission keine Möglichkeiten einer freien Vereinbarung ergaben und sich die Hinzuziehung des Zentralschlichtungsamtes für den nächsten Tag als unvermeidlich erwies.

Weihnachtsfest der Massenarmut

„O wunderschön ist Gottes Erde"
Und der Geschöpfe Lebenslauf!
Daß alles satt und glücklich werde,
Frißt einfach eins das andre auf.
M. Werner.

Soweit die christliche Kirche herrscht, wird die Menschheit wieder in den Bann des Weihnachtsfestes gezogen. Es wird wieder von einem Fest der Liebe geredet, Nächstenliebe wird künstlich zu erwecken versucht. Der hohe Gedanke der Solidarität und der gegenseitigen Hilfeleistung wird gepredigt. Und dies alles zu einer Zeit, da einem die Not breiter Massen auf Gassen und Märkten laut und deutlich entgegenschreit. Im Lichterglanz der Geschäftsstraßen zeigt der Kapitalismus mit hoher Eindringlichkeit, ein wie unendliches Maß von Lebensglück geschaffen werden kann. Durch dieselben Geschäftsstraßen, wo die Berge von Waren sich häufen, gehen stumm und verzweifelt diejenigen, die von einem geregelten Verdienst ausgeschaltet sind. Der lautlose und eindringliche Zug nach den Arbeitsnachweisen, den in Deutschland und auch in anderen Ländern täglich Millionen Menschen zurücklegen müssen, führt durch solche Straßen. Und in diese Stimmung hinein platzt nun wieder die christliche Weihnachtslehre: Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen!

Wie es mit dem Frieden aussieht, vermag jeder zu erfahren, wenn er eine Zeitung aufschlägt. Noch niemals standen so viel Menschen unter Waffen als Ende 1930. Unzählige Konferenzen hat der Völkerbund zum Zwecke der Abrüstung einberufen. Zu einem greifbaren Ziele hat keine von ihnen geführt. Der Militarismus feiert gerade heute mit breiter Fratze grinsend Triumphe. Der grausame Gott Mars steht bis an die Zähne bewaffnet und lächelt über die Worte: Friede auf Erden. Dabei stehen die christlichen Völker in ihren Rüstungen an der Spitze. Hüben und drüben werden die furchtbaren Waffen nach wie vor von christlichen Priestern gesegnet. Und dennoch wird dem gläubigen Volke etwas vom ewigen Frieden vorgegaukelt.

Das Weihnachtsfest ist geeignet, über so manche Dinge Gedanken zu erwecken. Vor allem über den Sinn des Lebens selbst. Wenn man das tut, so kommt man zu einer Verneinung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus beruht seiner ganzen Natur nach auf ungleicher Güterverteilung. Seine Existenz setzt Arme und Reiche voraus. Der Kampf ums Dasein, hart und grausam geführt von allen gegen alle, ist das Urprinzip der kapitalistischen Wirtschaft. Gewiß hat der Kapitalismus die Erde revolutioniert. Er hat Lebensraum für ganze Völker geschaffen. Es ist jedoch ein Fluch dieses Systems, daß es auf der einen Seite den Aufstieg förderte und auf der anderen Seite durch die Katastrophen, die der Kapitalismus hervorrief, neues Elend geschaffen wurde. Nach Karl Marx waren die billigen Preise der Massengüter die Kanonen, mit welchen der Kapitalismus die chinesische Mauer der alten Zünfte niederlegte. Es gelang ihm, immer größere Gütermengen zu schaffen und immer breiteren Schichten durch Preisfall steigenden Anteil an den materiellen Gütern des Lebens zu geben. Diese große Kraft, die so umgestaltend wirkte, hat der Kapitalismus mehr oder weniger eingebüßt. Der Kapitalismus ist ein alter Mann geworden. Seine jugendliche Spannkraft und Energie, die den Erdball so grundlegend veränderte, ist längst verflogen. Störungen und Widerwärtigkeiten begleiten heute sein Tun. So kann die gegenwärtige Gesellschaftsordnung nicht das Heil sein, welches berufen wäre, den Frieden auf Erden herbeizuführen und allen Menschen ein Wohlgefallen zu verschaffen.

Die Weihnachtsbotschaft von der Nächstenliebe erfährt eine eigentümliche Färbung, wenn man sich die Verhältnisse speziell in Deutschland vor Augen führt. Ein leidenschaftlicher politischer Kampf auf der Straße, im Parlament und überall dort, wo Menschen zusammenkommen, zeigt die Zerrissenheit des deutschen Volkes. Dieser Kampf wird nicht ausgetragen mit Hilfe von Druckerschwärze und Versammlungsreden, sondern mit dem Dolch, dem Revolver, Stinkbomben, weißen Mäusen usw. Von einer Nächstenliebe oder ähnlichen sittlichen Begriffen ist hierzulande nichts zu merken.

Die Gewerkschaften sind berufen, das Problem der gegenseitigen Hilfeleistung praktisch zur Tatsache werden zu lassen. Sie schließen Menschen mit einheitlicher Lebensweise zusammen. Sie versuchen den Gedanken der Solidarität jedem einzelnen seiner Mitglieder einzuhämmern. Einer für alle und alle für einen, das ist das Motto, unter dem die Gewerkschaften ihr innerstes Leben offenbaren. Betrachtet man demgegenüber die Zerrissenheit des politischen und gesellschaftlichen Lebens, so muß man sagen, daß die Bestrebungen der Gewerkschaften dem religiösen Gedanken von der gegenseitigen Hilfeleistung am nächsten kommen. Zwar sind auch die Gewerkschaften Kampforganisationen und müssen es gerade in einer Zeit sein, da die Massennot künstlich gefördert wird. Doch liegt das Sittliche in ihrem inneren Lebenszieren, der auf Solidarität aufgebaut ist. Die Hand- und Kopfarbeiter wissen, daß jeder einzelne sein eigener Heiland ist und sein muß. Doch darüber hinaus sind sie von dem Gedanken beseelt, daß gemeinsames Wirken erst das große Werk vollenden wird, welches bereits vor 2000 Jahren dumpf geahnt, aber heute gedankenlos nachgeplappert wird durch die Worte: Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen!

Die Arbeitslosigkeit im Weihnachtsmonat

In der zweiten Novemberhälfte hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland wieder eine große Vermehrung erfahren. In der Arbeitslosenversicherung wurden Ende November 1 788 000, in den Krisenfürsorgen 566 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Bei den Arbeitsämtern waren insgesamt 3 762 000 Arbeitslose verfügbar. Die Zunahme in der zweiten Novemberhälfte beträgt 204 000 oder 5,7 Prozent. Im Vorjahre war die Zunahme in der gleichen Zeit größer. Dies ist aber daraus zu erklären, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre einen viel größeren Umfang angenommen hat. Wenn schon die Betriebe fast vollständig daniederliegen, dann kann schließlich die Arbeitslosigkeit nicht in dem gleichen Maße steigen als bei einer minder scharfen Auswirkung der Wirtschaftskrise.

Der Zuwachs bei den Arbeitsnachweisen ist zum größten Teil aus der Einstellung von Außenarbeiten zu erklären. Aber auch die Konjunkturgruppen gaben Arbeitskräfte ab. Mit 3,7 Millionen Arbeitslosen trat die deutsche Wirtschaft in den Weihnachtsmonat ein. Man kann darauf rechnen, daß um Weihnachten herum das Heer der Arbeitslosen auf 4 Millionen gestiegen sein wird. 4 Millionen Arbeitslose, dazu noch ungefähr 2 Millionen Kurzarbeiter bedeuten, daß ungefähr 15 bis 20 Millionen Menschen in Deutschland unter der Arbeitslosigkeit direkt zu leiden haben. Das ist ein Drittel der deutschen Bevölkerung. Diese werden sich zu Weihnachten besondere Gedanken über diese göttlichste aller Welten machen können. Jedenfalls müssen sie auf eine Weihnachtsfeier mehr oder weniger verzichten. Knecht Ruprecht geht an den Türen der Arbeitslosen vorbei. Arbeitslosigkeit und Lichterglanz des Weihnachtsbaumes — zwei Kontraste von großer Wirkung.

Die Schutztruppe des Kapitals

Wer es noch nicht geglaubt hat, müßte eigentlich jetzt überzeugt sein, was die Nazis für Zeitgenossen sind. Die 107 Schreier stimmten in der Reichstagssitzung vom 9. Dezember folgende Anträge nieder:

1. Alle Vermögen über 500 000 Mark werden einer einmaligen Steuer von 20 Proz. unterworfen.
2. Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 Proz. der Ausschüttung unterworfen.
3. Alle Aufsichtsratstantiemen und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 Proz.
4. Alle Einkommen über 50 000 M. werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 Proz. jährlich belegt.

Mit 319 gegen 197 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurden diese Anträge zu Fall gebracht. Die Nationalsozialisten waren geschlossen dagegen; hätten sie dafür gestimmt, wären die Anträge Gesetz geworden. Und dieser Gesellschaft laufen sogar Arbeiter nach. Pfui Teufel!

Was bringt die neue Notverordnung?

(Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930)

Riesig schnell ist es diesmal gegangen. Unterschrieben hat der Reichspräsident am 1. Dezember 1930. Ausgegeben wurde das Reichsgesetzblatt Nr. 47 am 2. Dezember. Da war es schon gedruckt und umfaßte nicht weniger als 87 Seiten! Das jüngste Kind der Familie heißt: „Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Vom 1. Dezember 1930."

Was ist für die Arbeitnehmerschaft daraus wichtig?

Zunächst: Eine Verbesserung gegenüber der Notverordnung vom 26. Juli 1930 ist eingetreten. Das kann niemand leugnen, wenn man die neueste Rechtslage vergleicht mit der vom 26. Juli 1930.

Für die Arbeitslosenversicherung ist folgendes neu:

1. Früher hatten Arbeitslose, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nur dann Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zustand. Jetzt gilt das nur noch für solche Jugendliche, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

2. Was die Unterstützungshöhe betrifft, so ist neu die Vorschrift: Ein geringerer Betrag als der, den der Arbeitgeber beim Abzug des Beitrags vom Arbeitsentgelt zugrunde gelegt hat, darf nicht für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse zugrunde gelegt werden.

3. Früher erhielten Arbeitslose der Lohnklassen VII bis XI die Unterstützungssätze ihrer Klasse nur, wenn sie in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, ohne daß ihnen zwischen Beginn und Ende ihrer Beschäftigungszeit Arbeitslosenunterstützung gewährt worden ist. Anderenfalls wurden die Sätze gekürzt. Jetzt ist die Frist von 18 Monaten auf 2 Jahre verlängert worden, was zweifellos eine geringe Verbesserung bedeutet. Das ist das praktisch Wesentliche aus der neuesten Verordnung, soweit die Arbeitslosenversicherung in Frage kommt.

In der Krankenversicherung ist folgendes neu:

1. Früher hatte der Versicherte bei der Abnahme von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln von den Kosten jeder Verordnung den Betrag von 50 Pfennig, jedoch nicht mehr als die wirklichen Kosten an die abgebende Stelle zu zahlen. Jetzt sind verschiedene Personenkreise von dieser Verordnungsgebühr befreit, nämlich: a) Arbeitslose, die Hauptunterstützung aus der Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstützung, oder als Ausgesteuerte Leistungen der öffentlichen Fürsorge erhalten; b) Personen, die aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung Invalidenrente oder Ruhegeld, oder aus der Unfallversicherung, oder nach der Reichsversorgung Rente als Schwerverletzte (§ 559b), oder als Schwerbeschädigte beziehen; c) solche Tuberkulöse und Geschlechtskranke, die von ihrer Fürsorge- oder Beratungsstelle eine Bescheinigung über ihre Bedürftigkeit beibringen. Die Befreiung ist auf dem Verordnungsblatte zu vermerken. 2. Von der Krankenscheingebühr sind die gleichen Personen befreit. Neu ist die Bestimmung, daß in dringenden Fällen der Krankenschein nachgeholt werden kann, insbesondere bei Unfällen oder wenn wegen der mit der Abholung des Scheines verbundenen Umstände der Arzt nicht mehr rechtzeitig helfen könnte. 3. Für solche Versicherte, bei denen der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld deswegen ganz oder teilweise ruht, weil sie während der Krankheit Arbeitsentgelt erhalten, hat die Satzung die Beiträge zu kürzen; sie kann zugleich das Krankengeld nach Wegfall des Arbeitsentgelts auf 60 Prozent des Grundlohns erhöhen. 4. Die gesetzliche Familienkrankenpflege steht u. a. nicht mehr dem Ehegatten des Versicherten schlechthin, sondern nur dem unterhaltsberechtigten Ehegatten zu.

Im Arbeitsrecht ist folgendes neu:

1. Wenn der Arbeitnehmer für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit ohne sein Verschulden persönlich verhindert war zu arbeiten, behielt er seinen Lohnanspruch, z. B. bei Krankheit oder Krankheit der Angehörigen, oder bei Ausübung politischer Rechte. Allerdings mußte er sich den Betrag abrechnen lassen, den er eventuell aus der gesetzlichen Kranken- oder Unfallversicherung erhielt. Diese sozial wertvolle Vorschrift war in der Praxis mehr und mehr dadurch außer Kraft gesetzt worden, daß sie „abgedungen" wurde, das heißt tarif- oder arbeitsvertraglich wurde vereinbart, daß der Arbeitnehmer in solchen Fällen seinen Lohnanspruch verlieren solle. Es konnte z. B. ausgemacht werden: Bezahlt wird nur die Zeit, in der wirklich gearbeitet wird. Durch solche und ähnliche Vereinbarungen konnte der gesetzliche Anspruch des Arbeitnehmers zu seinem Nachteil abgeändert werden, weil kein zwingendes Recht bestand. Das ist jetzt nicht mehr möglich; denn nun gilt als Zusatz zum § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches die zwingende Bestimmung: Der Anspruch kann nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden. Also ein wichtiger Fortschritt! Zu bemerken ist, daß dieser § 616 BGB. dann keine Anwendung findet, wenn ein Arbeitnehmer dauernd arbeitsunfähig wird. Dann kann der Arbeitnehmer auch für den ersten als unerheblich anzusehenden Teil der Verhinderungszeit keinen Lohn verlangen. Wenigstens ist das u. a. die Ansicht des Reichsarbeitsgerichts. Für Handlungsgehilfen und technische Angestellte ist eine ähnliche zwingende Vorschrift durch die neue Notverordnung geschaffen worden.

In der Reichsversicherung ist folgendes neu:

Beschädigte, die neben ihrer Rente eine Zusatzrente beziehen, sind von der Verpflichtung völlig befreit worden, den Betrag für das Verordnungsblatt und die Gebühr für den Krankenschein zu entrichten.

In der Bürgersteuer ist folgendes neu:

Die Bürgersteuer wird von allen im Gemeindebezirk wohnenden natürlichen Personen erhoben, die über 20 Jahre alt sind und selbständig auf eigene Rechnung leben, aber auch von denjenigen, die im Haushalt der Eltern oder Verwandten leben und ein selbständiges Einkommen haben. Stichtag ist der 10. Oktober eines Jahres. Der Mindestlandessatz beträgt für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 4500 M. nunmehr 6 M., bis 6000 M. 9 M., bis 8000 M. 12 M. usw. Auch hier eine Besserung gegenüber dem Stand vom 26. Juli 1930. Für die Ehefrau ermäßigt sich die Steuer auf die Hälfte des Landessatzes, der für den Ehemann gilt. Völlig befreit von der Bürgersteuer sind die Personen, 1. die am Stichtag vom Wahlrecht ausgeschlossen oder rechtlich behindert waren oder deren Wahlrecht ruhte, 2. die am Fälligkeitstage Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung oder laufend öffentliche Fürsorge empfangen, 3. die am Fälligkeitstage Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung empfangen, sofern sie nicht schon als Fürsorgeempfänger ausscheiden und ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 M. nicht übersteigt, 4. die am Fälligkeitstag eine Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes empfangen.

Zusammenfassend gilt: es sind für die Arbeitslosen, Wohlfahrts- und Rentenempfänger und für die gesamte Arbeitnehmerschaft gegenüber dem Stande vom 26. Juli 1930 nicht unwesentliche Verbesserungen eingetreten, dank der entschlossenen und klugen Haltung der Arbeitervertreter. Lasset uns einmütig und zähe weiterkämpfen!

Fröhliche Weihnachten!

Ein Druckereierlebnis am Heiligen Abend

Siehst du den Weihnachtsstern schimmern,
Dort, wo die Nacht in die Dämmerung bricht?
Längst späht aus schattenden Zimmern
Voller Erwartung manch Kindergesicht.

— — — — — — — — — — — — — —

Freu' dich des Heiland'sterns Leuchten,
Das heut die Augen der Jüngsten erhellt.
Trockne die Wimpern, die feuchten,
Daß in den Jubel kein Trübsinn fällt.

— — — — — — — — — — — — — —

Stolz prangen vorstehende Zeilen auf der Titelseite der Weihnachtsnummer einer kleinen Provinzzeitung. „Trockne die Wimpern, die feuchten, daß in den Jubel kein Trübsinn fällt." Ja, weinen könnte, wer da weiß, wie die Herstellung der Nummer, die diese stolzen Zeilen als Motto trug, vor sich ging. Nachstehende kleine Schilderung möge den Kollegen Aufklärung darüber geben.

Nach Verhandlung des Betriebsratsvorsitzenden mit der Geschäftsleitung wurde vereinbart, daß die Zeitungsrotation am Heiligen Abend um 2 Uhr laufen soll, d. h. also, daß um spätestens 5 Uhr auch der letzte Kollege zu Hause sein kann. Alles schön und gut, aber: Wie ist es nun gekommen?

Es ist 2 Uhr nachmittags des 24. Dezember. Alle Arbeiter, die nichts mit der Zeitung zu tun haben, sind längst zu Hause, um noch die letzten Vorbereitungen zum Fest zu treffen. Nur die Kollegen von der Zeitung stehen auf ihrem Posten.

2.05 Uhr: Die erste Platte kommt aus der Stereotypie. Längst ist die Zeit des Druckanfanges vorbei.

2.45 Uhr: Sechs Platten des 12seitigen Blattes werden von dem Drucker an Ort und Stelle befördert.

Eine Unruhe erfaßt alle Kollegen. Einzelne Verwünschungen werden laut.

3.10 Uhr: Immer noch fehlen zwei Platten. Die Unruhe ist aufs höchste gestiegen. Träger, Packer und Fahrer stehen bereit. Endlich, 3.15 Uhr: Die letzte Platte.

Rein in die Maschine und losgerast. 1¼ Stunde Verspätung.

Langsam fühlen alle beteiligten Kollegen, daß sie den Heilandsstern, wie sie glauben, an diesem Heiligen Abend nicht werden leuchten sehen. Lange dauert es, trotz fieberhafter Arbeit, bis die Beilagen eingelegt sind; lange dauert es, bis alle Zeitungen verpackt sind; lange dauert es, bis endlich die letzte Zeitung unter Mithilfe des letzten nur verfügbaren Mitgliedes der Trägerfamilie in die schon hell erleuchteten Häuser mit den festlich frohen Menschen verteilt sind. Endlich rollt um 6.05 Uhr die letzte Fuhre Zeitungen mittels Autos aus dem Hof, um noch die umliegenden Ortschaften zu beliefern. Ob der Fahrer den Heilandsstern leuchten sah, als er durch die erleuchteten Dörfer fuhr, oder ob ihm nicht die Erbitterung im Herzen auch das letzte Fünkchen Weihnachtsstimmung erstickte?! Welcher Kollege wagt noch zu behaupten, daß das Gedicht mit dem Inhalt des Blattes übereinstimmt?!

Wann wird dem Menschen, der, selbst aus dem Arbeiterstand hervorgegangen, als verantwortlicher Leiter dieser Zeitung ungefähr 30 Menschen den Weihnachtsabend gründlich verdarb, der Heilandsstern schimmern!?

Kleine Ursache — große Wirkung

Wie leicht aus einer Mücke ein Elefant werden kann, mag unseren Lesern der vorliegende Vorfall beweisen. Ein Mitglied sandte uns vor kurzem einen Ausschnitt mit folgendem Text ein:

„Kreuzottern bedrohen einen ganzen Ort! Der bayerische Ort Pleystein ist von Kreuzottern geradezu überfallen worden. Die Gemeinde hat in den öffentlichen Waldungen Warnungstafeln angebracht, die die Spaziergänger zur Vorsicht auffordern. Der Kirchhof ist vorübergehend für den öffentlichen Besuch wegen der Gefahr gesperrt worden."

Die Sache erschien uns so unglaubwürdig, daß wir uns um nähere Auskunft an das Bürgermeisteramt in Pleystein wandten. Von dort ist uns nun die folgende Mitteilung zugegangen:

„Vor einiger Zeit sollen im hiesigen Friedhof eine oder mehrere Kreuzottern entdeckt und erschlagen worden sein. Außer in diesem einen Falle, der keinerlei Schaden verursachte, machte man keine weitere Wahrnehmung von dem Vorhandensein dieses Reptils. Dieses harmlose Vorkommnis wurde in so entstellter Weise in die auswärtige Presse gebracht, daß man den Eindruck gewinnen mußte, als ob Pleystein von Kreuzottern wimmle und die Fremden von diesen Schlangen in großer Anzahl geradezu empfangen würden. Die Einwohnerschaft in Pleystein hat erst durch die Zeitungen von der angeblichen Heimsuchung ihrer Stadt durch Kreuzottern Kenntnis erhalten. Die falsche Nachricht der Kreuzotterngefahr in Pleystein ging nicht bloß durch die bayerische, sondern die ganze deutsche (auch ausländische) Presse und zeitigt von allen Seiten eine Flut von Anfragen und Zuschriften. Damit auch der Humor nicht fehle, sei erwähnt, daß von einem ausländischen Herrn der hiesigen Stadtgemeinde der Ankauf eines Waggons Igel — bekanntlich Schlangenvertilger — zur Beseitigung des Schädlings empfohlen wurde. Ein pensionierter Beamter, der nach seiner eigenen Angabe über große Erfahrungen und Erfolge bezüglich der Vertilgung der Kreuzottern verfügt, hat allen Ernstes der Gemeinde Pleystein zur Beseitigung des Übels seine Dienste angeboten. Diese Kreuzotternpsychose hat allerdings auch die angenehme Seite, daß dadurch unser weltentrücktes bayerisches Ostmarkstädtchen ohne diese kaum zu einem so viel genannten und berühmten Ort geworden wäre. Dieser Vorfall ist ein erneuter Beweis dafür, was sich aus einem harmlosen Vorfall durch Entstellung heraus entwickeln kann."

Dem Gedächtnis Karl Legiens

Zu seinem zehnten Todestag.

Als am 26. Dezember 1920 Karl Legien von der Arbeit, die zeit seines Lebens dem Abwehr- und Aufbaukampf der deutschen Gewerkschaftsbewegung gewidmet war, abgerufen wurde, trauerten um ihn Millionen deutsche Arbeiter. Selbst ausgesprochene Gegner standen für einen Augenblick Gewehr bei Fuß und rühmten die ungeheure Leistung seines Lebens, seine Tatkraft, seine Sachlichkeit, seine Unbestechlichkeit.

Wenn wir in einem kurzen Abriß die eindrucksvolle persönliche Entwicklung unsres großen toten Führers nachzuzeichnen unternehmen, so soll eingangs des schönen Gedenkbuches von Theodor Leipart, seinem Amtsnachfolger im Vorsitz des ADGB., gedacht werden. Leipart, dem mit Legien eine lange Freundschaft und die Jahre engster Zusammenarbeit verband, hat in seiner Schrift (erschienen in der Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin), die jeder Verbandskollege und jede Kollegin besitzen sollte, das arbeitsreiche Leben dieses Mannes aufzuzeichnen unternommen. Eigentlich müßte man, um der Wesenhaftigkeit und nachdauernden Bedeutung dieses Mannes gerecht zu werden, die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung schreiben. In allen wesentlichen Etappen und Stationen, Kämpfen und Erfolgen lebt ja der Name Legien!

Als Sohn eines Steueraufsehers ist er am 1. Dezember 1861 in Marienburg geboren. Seine Mutter verlor er schon in früher Kindheit, und nachdem der Vater mit den zahlreichen Geschwistern nach Thorn übergesiedelt war, wuchs er im Städtischen Waisenhaus zu Thorn auf. Legien hatte diese Kindheit nicht in froher Erinnerung. 1875 kam er in die Lehre eines Drechslermeisters, bei dem er nach Beendigung einer fünfjährigen Lehrzeit nur noch kurze Zeit verblieb und dann auf die Wanderschaft ging. Er arbeitete hier und dort, tippelte durch Thüringen, nach Berlin, bis er 1881 zum Militär eingezogen wurde. Drei Jahre tat er Dienst als Musketier. Nachdem er dann 1884 zur Reserve entlassen wurde, wanderte er wieder einige Zeit und arbeitete in Deutz und in Frankfurt a. M., um dann in Hamburg für längere Zeit Fuß zu fassen. Hier schloß er sich 1886 dem Fachverein der Drechsler an. Vorstandsmitglied dieser Vereinigung (diese berufsgenossenschaftlichen Vereinigungen können als die Vorläufer der Verbände gelten) war seinerzeit schon Theodor Leipart. Gelegentlich eines naturwissenschaftlichen Vortrags sprach der junge Legien zum ersten Male in einer Versammlung. Man wurde auf seine ungewöhnliche Redegewandtheit und Sicherheit, die Ausdruck seiner frühreifen Lebenserfahrung war, aufmerksam. Seine ganze Energie, sein Wissen stellte er in den Dienst dieser Vereinigung. Obwohl erst die Gewerkschaftsbewegung ihre ersten Gehversuche machte, war er schon erfüllt vom Glauben an eine große Zukunft dieser Bewegung. Im Zusammenhang hiermit muß auch der historischen Wahrheit Raum gegeben werden, daß er als der erste Befürworter des Unterstützungswesens der Gewerkschaften gelten kann.

In diese Zeit fiel auch sein erstes Auftreten als sozialdemokratischer Diskussionsredner bei der Reichstagswahl 1887 in einer nationalliberalen Wahlversammlung. Eine besondere Aufgabe wurde ihm zuteil, als er seine geistigen und organisatorischen Fähigkeiten an den Bestrebungen des Hamburger Fachvereins, die lokalen Drechslervereine zu einem Zentralverband zusammenzufassen, erproben konnte. Im August 1887, nachdem ein Kongreß mit Statutenberatung und die Gründung einer Fachzeitung für Drechsler voraufgegangen war, wurde die Vereinigung der Drechsler Deutschlands gegründet. Legien war ihr erster Zentralvorsitzender. Das war ein Ehrenamt in doppelter Bedeutung, anfangs sogar ohne Entschädigung. Tagsüber arbeitete er zehn Stunden als Drechslergeselle (eine neuneinhalbstündige Arbeitszeit und 35 Pf. Stundenlohn erkämpfte erst der Streik von 1888), nachts bewältigte seine ungeheure Arbeitskraft die Korrespondenz, die Ausarbeitung und Abfassung der Vorträge, Berichte und Artikel. Erst 1889 konnte die Zentralorganisation, die damals 2378 Mitglieder hatte, es wagen, ihn mit 700 M. Jahresgehalt zu besolden. Da dies nicht zum Leben ausreichte, mußte er durch Hausarbeit den anderen Teil seines Budgets hinzuverdienen. Auf der im November 1890 stattgehabten Konferenz der Gewerkschaftsvertreter standen organisatorische Auseinandersetzungen von weittragender Bedeutung für die Entwicklung der jungen Gewerkschaftsbewegung im Mittelpunkt. Legien plädierte schon damals (entgegen dem Vorschlag des Metallarbeiters M. Segitz) für die Berufsorganisation als Grundlage der Gewerkschaftsverbände und für eine Zentralisation der Berufe. Ferner sollten sich die Verbände verwandter Berufe zu Gruppenorganisationen (sogenannten Unionen) zusammenschließen, um gemeinsam Unterstützungen von Streiks, Schutz bei Arbeitsaussperrungen usw. ermöglichen und gewähren zu können. Als historisches Zeugnis dieser seiner Vorschläge und als historisches Zeugnis aus der Frühzeit der Gewerkschaftsbewegung überhaupt, ist das von Legien ausgearbeitete „Statut der Gruppe der Holzarbeiter" als das noch einzige im Besitz von Theodor Leipart befindliche Exemplar in dem obenenannten Gedenkbuch abgedruckt worden. Die auf der Konferenz gewählte Kommission die einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß vorbereiten, Abwehrstreiks führen und die allgemeine Agitation organisieren sollte, wählte Legien zu ihrem Vorsitzenden und gab sich den Namen Generalkommission der Gewerkschaften. Diese Generalkommission hatte bekanntlich schwer um die Anerkennung im eigenen Lager zu ringen. Erst auf dem Berliner Gewerkschaftskongreß 1896 kam es zur endgültigen Einigung. 1891 gründete Legien das „Correspondenzblatt der Generalkommission", das, ein kleines wöchentlich erscheinendes Blättchen, bis 1903 von ihm selbst redigiert wurde, Streikmeldungen und Mitteilungen der Generalkommission in die breitere Öffentlichkeit brachte und heute in der von Paul Umbreit mit viel Umsicht geleiteten über unsere Gewerkschaftsbewegung weit hinaus sehr beachteten „Gewerkschaftszeitung" ihre Nachfolgerin hat. Führend war er seinerzeit auch im Streik der Lokalisten, die gleichzeitig als politische Kampffront auftreten wollten gegen die Zentralisten, die für eine Zusammenfassung der Berufsorganisationen im ganzen Reich eintraten und, um erweiterte Organisationsmöglichkeiten zu haben, eine unbedingte politische Neutralität forderten. Legien und die von ihm geführte Generalkommission verfocht die zentralistische Richtung. Sein diesbezüglicher Organisationsplan fand auf dem Gewerkschaftskongreß 1892 noch keine Mehrheit; erst auf dem Breslauer Kongreß 1925 ist bekanntlich der Streit um die Organisationsform endgültig erledigt worden.

In diesem Zusammenhang muß auch kurz der schon jetzt Geschichte gewordenen wenig erfreulichen Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften und auf Legiens eigene politische Wirksamkeit eingegangen werden. In der Partei war man zeitweilig der Auffassung, daß der Aufgabenkreis der aufstrebenden Gewerkschaften immer mehr verkleinert werden müßte. Gerade das Gegenteil ist eingetroffen! Unterstützung seitens der Partei, vor allem der Parteipresse, hatten die Gewerkschaften seinerzeit wenig zu erwarten. Legien, der gerade um diese Zeit Abgeordneter des Kieler Wahlkreises geworden war, hatte den Auftrag, die besonderen weiträumigen Aufgaben und die Stellung der Gewerkschaften und der Generalkommission innerhalb der Arbeiterschaft auf dem Parteitag 1893 in Köln zu vertreten und zu verteidigen. Ähnliche Debatten wurden auch noch auf dem Parteitag 1906 (Mannheim) über die Fragen des Massenstreiks und der Maifeiern, deren Führung zu übernehmen naturgemäß das Recht der Gewerkschaften sein mußte, geführt. Es ist das besondere Verdienst Legiens, dieser Auseinandersetzung mit Mut, Geschick und Sachlichkeit Richtung gegeben und beendet zu haben. In seiner Wirksamkeit als sozialdemokratischer Abgeordneter, der er von 1893 mit fünfjähriger Unterbrechung bis zu seinem Tode war, widmete er sich in seiner parlamentarischen Tätigkeit neben den ihm naheliegenden Arbeitsgebieten der Sozialpolitik und des Arbeiterschutzes vor allem auch dem Lebenskampf der Arbeiterschaft der vormals Kaiserlichen Werften. In sachlicher Beschwerde (unwürdige Behandlung, Maßregelung, Verweigerung des freien Koalitionsrechts) nahm er im Reichstag alljährlich bei der Beratung der Marineetats das Wort. Ebenfalls korrigierte er fast alljährlich die amtliche Streikstatistik, die unvollständig und voller Fehler war. Die Gewerkschaften veranstalteten eigene Erhebungen, und oft ist durch Legien die Mitarbeit der Gewerkschaften der Regierung angeboten worden, wenn man in den amtlichen Erhebungsformularen auf die Fragen des Kontraktbruchs, die allzu leicht als kriminelle Verfehlungen der streikenden Arbeiter ausgedeutet werden konnten, verzichten würde.

Als Vertreter der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist auch Karl Legien in Berührung mit der internationalen Arbeiterbewegung gekommen (Sozialistenkongreß Paris 1889, 1901 Kopenhagen auf Einladung der dänischen Gewerkschaften usw.). In späterer Zeit hat er dann fast alle größeren europäischen Länder kennengelernt. Von der Sozialistischen Partei Amerikas und von der American Federation of Labour eingeladen, reiste er, beide Vortragsreisen verbindend, 1912 drei Monate durch Amerika. In vielen großen Städten sprach er über die Lage der Arbeiter in Deutschland und über die Aufgaben ihrer gewerkschaftlichen Organisationen.

Sein Werk war es auch, Verbindungen mit den Gewerkschaften anderer Länder durch die Gründung des Internationalen Sekretariats, dessen erster Sekretär und Präsident er von 1902 bis zur Sitzverlegung des Büros nach Amsterdam 1919 gewesen ist, angeknüpft und den Gedanken internationaler Solidarität entwickelt zu haben. Jedenfalls ist die Gründung des Internationalen Sekretariats (des späteren Internationalen Gewerkschaftsbundes) seiner Initiative zu verdanken. Auf die internen Schwierigkeiten der internationalen Zusammenarbeit, besonders während und nach dem Kriege, die vielerlei tragische Ursachen hatten, kann hier nicht näher eingegangen werden. Die unberechtigten Vorwürfe betreffs des Verhaltens der deutschen Gewerkschaften während des Krieges, die von den Vertretern unserer internationalen Bruderorganisationen erhoben wurden, sind von Legien nachdrucksvoll abgewehrt worden. „Wir haben alles getan, was möglich war. Mehr Macht hatten wir nicht", so rief er den Vertretern der Landeszentralen 1919 zu. Und immer vertrat er den Standpunkt, daß die Gewerkschaftsinternationale erst dann von Bedeutung wäre, wenn sie sich auf starke Landesorganisationen aufbaut.

Seine ganze Kraft aber setzte er daran, ein schnelles Kriegsende herbeizuführen. Die Reichsregierung erkannte immer mehr die Notwendigkeit, auch auf die Forderungen und Vorschläge der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft einzugehen. Legien versuchte mit dem damaligen Reichskanzler von Bethmann-Hollweg über die Stattgabe politischer Freiheiten, über Friedensmöglichkeiten zu verhandeln, Verhandlungen, die allerdings zuerst noch ebenso erfolglos verliefen wie die erstatteten Proteste gegen Versammlungsverbote im Großen Hauptquartier (Ludendorff, Hindenburg). Aber die Fundamente des alten monarchistischen volksfeindlichen Deutschlands begannen zu wanken. Und als dieses alte Deutschland an dem Wahnsinn seiner Monarchen und Regierungen zusammenbrach, war der Weg frei für eine größere Aktivität der Gewerkschaftsbewegung. Als Kommissar der Regierung gehörte auch Legien der deutschen Friedensdelegation an, die das ungeheuerliche Diktat als den Nachlaß des Kriegs- und Vorkriegsdeutschlands dem deutschen Volke heimbringen mußte.

Eine nationale Tat, die in die Geschichte eingehen wird, eine Tat, die noch einmal seine ganze Entschlossenheit zeigte, war die von ihm geführte Organisation des Generalstreiks 1920, der den Kapp-Putsch niederwarf. Die ihm im Anschluß daran vom Reichspräsidenten Ebert angebotene Kanzlerschaft lehnte er ab. Seine Arbeit gehörte den Gewerkschaften. Obgleich schon die Krankheit, der er zum Opfer fallen sollte, an ihm zehrte, sehen wir ihn noch auf dem Außerordentlichen Kongreß der IGB. Ende November 1919 in London, wo er unter Aufbringung seiner ganzen Energie in einer eindrucksvollen, das Gewissen der ganzen Welt aufrührenden Rede gegen die schmachvolle Ruhrbesetzung protestierte. Am 26. Dezember 1920 starb er.

Das war der Mann, den wir achteten und liebten. Die nur andeutende Nachzeichnung seines äußeren Lebensweges, die wir hiermit versucht haben und die unseren Kollegen und Kolleginnen, vor allem aber auch der jüngeren Generation, ein Bild dieses in jeder Beziehung so einfachen, gerechten und geraden Charakters vermitteln sollte, zeigt vielleicht auch den opferreichen schweren Anstieg der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Indem wir uns an Legiens zehntem Todestag, seiner Arbeit, seiner Kraft, seines Menschentums erinnern, geloben wir der seelischen und geistigen Heimat seines Wirkens und Strebens, an der Wende dieses schweren Jahres, unverbrüchliche Treue. Er sah die Aufgaben der Gewerkschaften in dem Kampf um bessere Existenzbedingungen, in der Umgestaltung der kapitalistischen Produktionswirtschaft, in der geistigen Befreiung und dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse. Die Tarifgemeinschaften, um die die Arbeiterschaft ein Menschenalter gekämpft hat, waren ihm eine Vorstufe zur Demokratisierung der Wirtschaft, die aufstrebende Wirtschaftsdemokratie eine Vorstufe zur Sozialisierung, als der einzigen menschenwürdigen Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

Einen Teil dieser Forderungen hatte er noch erfüllt sehen können. Bei seinem Amtsantritt als Vorsitzender der gerade neugebildeten Generalkommission im Jahre 1890 zählte die junge deutsche Gewerkschaftsbewegung 265 000 Mitglieder, bei seinem Tode 1920 waren es annähernd acht Millionen. Vielleicht hat ihm diese Aufwärtsentwicklung die Todesstunde ein wenig leichter gemacht. Wenn wir heute sein Gedächtnis ehren und mit Glauben, Arbeitsfreude und Bereitschaft in das neue Jahr gehen, geloben wir, das kulturelle und sozialpolitische Werk der deutschen Gewerkschaftsbewegung als die Aufgabe der heutigen und kommenden Generation in seinem Geiste fortzuführen.

Walter G. Oschilewski.

Schlechte, liederliche Methode

„Die schlechteste Methode, deren sich die Wirtschaft in Zeiten von Depressionen bedienen kann, ist die Herabsetzung der Löhne der Arbeiter."

Mr. Carl, Präsident der Western Union Telegraph Company.

*

„...Das Herabdrücken der Löhne ist die leichteste und gleichzeitig die liederlichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu werden, von der Inhumanität ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt das, die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abzuwälzen."

Henry Ford.

* * *

Lassalle-Worte

Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentrieren und nicht nach rechts noch links zu sehen.

Aus den Zahlstellen

Dortmund. Vor dem geplanten Lohnabbau im Gewerbe ernstlich zu warnen und die wachsende Empörung der Kollegenschaft rechtzeitig in die Bahnen geordneter Kampfführung zu lenken, waren die Aufgaben einer glänzend verlaufenen Protestkundgebung in der „Körnerhalle", zu der das graphische Kartell die Mitglieder der angeschlossenen Verbände aufgerufen hatte. Im Rahmen dieser Kundgebung vom 7. Dezember sprach der Bezirksvorsitzende des Verbandes Deutscher Buchdrucker, Chr. Fett (Duisburg), über das Thema „Die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer und der Reichsregierung und wir graphischen Arbeitnehmer". Oftmals von Beifallskundgebungen angefeuert, zeichnete der Vortragende einleitend das Bild der allgemeinen Wirtschaftskrise. Ihre Ursachen sah er in erster Linie in der überstürzten Technisizierung des Produktionsprozesses, die zur Freisetzung menschlicher Arbeitskraft in gefahrdrohendem Umfange geführt habe. Im Zusammenhang mit der vorgeschrittenen Selbstversorgung ehemaliger Agrarstaaten mit industriellen Produkten ergebe sich zwangsläufig die Forderung, die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes sorgsam zu pflegen und zu stärken. Statt dessen seien Unternehmertum und Reichsregierung auf dem besten Wege, durch Senkung der Löhne die ohnedies bereits eingeschrumpfte Massenkaufkraft zu zerschlagen. Die Zukunft werde die verheerenden Folgen dieser Lohnsenkungspolitik an den Tag bringen. Der Hauptweg aus der Krise sei eine Verkürzung der Arbeitszeit in demselben Umfange, wie die Einschaltung neuer Produktionsmittel und -methoden zur Ausschaltung menschlicher Arbeitskraft geführt haben. Im Buchdruckgewerbe könne von einer eigentlichen Wirtschaftskrise überhaupt nicht gesprochen werden. Das Gewerbe beschäftige trotz verbesserter Produktionstechnik weit mehr menschliche Arbeitskräfte als in der Vorkriegszeit. Die hohe Arbeitslosigkeit resultiere aus einem übermäßigen Zustrom von neuen Berufsangehörigen, der für die Zukunft schärfer abgedämmt werden müsse. Man habe verkannt, daß der Absatzfähigkeit des Gewerbes in der Gesamtwirtschaft bestimmte Grenzen gezogen sind. Wenn nun die gewerblichen Unternehmer die Löhne der gewerblichen Arbeitnehmer auf den Stand schlechtbezahlter Berufe herabdrücken wollen, bedeute das den Versuch, Löhne in Profite umzuwandeln. Dafür gebe es nur eine Antwort: Widerstand mit allen Mitteln. Darüber hinaus gelte es, von den Unternehmern einwandfreie Garantien für eine wesentliche Entlastung des gewerblichen Arbeitsmarktes zu erzwingen. (Langanhaltender Beifall.) Antragsgemäß wurde auf eine Diskussion verzichtet, um die Wirkung des eindrucksvollen Vortrages nicht abzuschwächen. Der Wille der Versammelten wurde in einer Entschließung niedergelegt, die in den Worten ausklang: „Die Verbandsvorstände sind unserer geschlossenen Gefolgschaft sicher, wenn sie den Kampf für die volle Erhaltung des geltenden Lohnes und für die Verkürzung der Arbeitszeit mit unnachgiebiger Entschlossenheit führen. Kein Abbau! Kein Rückschritt! Vorwärts mit unseren starken Verbänden; wenn es sein muß, zum offenen Kampf!" Unter brausenden Hochrufen auf die Verbände wurde die gemeinsame Kundgebung, die Hilfsarbeiter und Gehilfen in solidarischem Kampfgeist vereinte, beendet.

Erfurt. Am 5. Dezember fand unter dem Vorsitz des Kollegen Benkenstein unsere Mitgliederversammlung statt. Unter Mitteilungen wurde bekanntgegeben, daß die Volkshochschule einen Erich-Kästner-Abend zugunsten der Opfer des Alsdorfer Bergwerksunglücks veranstaltet. — Die „Kündigung des Lohntarifs" hieß das Referat, das der Kollege Wambacher hielt. Redner ging von dem Schiedsspruch der Berliner Metallindustrie aus, welchen Arbeitsminister Stegerwald für verbindlich erklärt hat. 8 Proz. Lohnkürzung bedeutet viel für die ohnedies niedrig bezahlten Metallarbeiter. 10 000 Metallarbeiter stehen zur Zeit wegen der Forderung von 25 Proz. Lohnabbau in Hannover im Streik. In der Metallindustrie ist aber nur der Anfang zum allgemeinen Lohnabbau gemacht worden. Beiderseitige Lohnkündigung auch in unserem Gewerbe ist erfolgt. Am 15. Dezember werden die Verhandlungen stattfinden. Daß es diesmal sehr ernst werden wird, beweist, daß die Prinzipale schon zum 17. Dezember den Schlichtungsausschuß angerufen haben. Redner ging nun dazu über, die Prinzipalsgründe in bezug auf Gestehungskosten klarzulegen. An Hand von ausgezeichnetem Zahlenmaterial wurde erläutert, daß wir eine kolossale Vermehrung an Maschinen in unserem Gewerbe zu verzeichnen haben. Die hohen Gestehungskosten derselben müssen sich natürlich verzinsen. Das gegenseitige Abjagen von Aufträgen, zu bezeichnen als „Schmutz-

konkurrenz", tut ihr übriges. In der Prinzipalszeitschrift sind Hetzartikel betreffend Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung zu lesen, was besagt, daß die Unternehmer diesmal alles daransetzen werden, um durch die schwere Wirtschaftslage des arbeitenden Volkes doch auf ihre Kosten zu kommen. Daher kämpfen sie auch gegen die Arbeitslosenversicherung an als angeblich zu große Belastung für die Wirtschaft. Arbeitsdienstpflicht soll nach dem Wunsch der Nazis und Wirtschaftspartei als Milderung der Erwerbslosenziffer eingeführt werden, was als versteckte Wehrpflicht zu bezeichnen ist. Vom Redner wurde betont, daß Preisabbau Schwindel, Lohnabbau aber Wirklichkeit ist. Wenn schon Lohnabbau, dann bei solchen Leuten, die jährlich 100 000 M. und mehr Einkommen haben Den Nazis und Kozis darf es nicht gelingen, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Lohnabbau darf und kann es nicht geben. Die ganze Kraft der Gewerkschaft muß darangesetzt werden, dies zu verhindern. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine ausgezeichneten Worte. Im nächsten Punkt wurde laut Abstimmung beschlossen, eine Weihnachtsunterstützung, neben der der Hauptkasse, aus Mitteln der Ortskasse zu bewilligen. Erwerbslose verheiratete männliche und alleinstehende weibliche Mitglieder erhalten 10 M., ledige 8 M., Frauen 5 M. Im Anschluß daran gab Kollege Popp den Kartellbericht, welcher mit regem Interesse verfolgt wurde. Im Punkt Verschiedenes teilte Kollege Wambacher mit, daß unser Verband nun in die Buchdruckerinternationale aufgenommen worden ist. Es wurde dies allgemein begrüßt. Eine Lohndifferenz bei einer Erfurter Firma zuungunsten der dort beschäftigten Anlegerinnen ist durch das Eingreifen des Kollegen Wambacher zur Nachzahlung gelangt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Hamburg. Mitgliederversammlung am Freitag, dem 28. November. Die Abrechnung lag gedruckt vor. Aussprache darüber wurde nicht gewünscht. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Die Hamburger Zahlstelle hatte Gertrud Hanna als Gast. Sie sprach über: „Die Gewerkschaften als Förderer höherer Kultur." Schon 1870 sprach Johann Jacobi seine Anerkennung über die Gründung der Gewerkschaften aus. Das Streben galt in der ersten Zeit der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Staat und Unternehmertum bekämpften die junge Bewegung bis aufs äußerste. Ist schon das Streben nach höherer Entlohnung eine Maßnahme, welche unbedingt kulturfördernd wirken kann, indem sie es dem Arbeiter möglich macht, die Schätze der Kultur überhaupt zu erkennen, so hat die Bewegung doch noch viel mehr geleistet in der Überwindung des individuellen Egoismus. Das Eintreten des einen für den andern zugunsten des Schwächeren ist unbedingt als kulturfördernd anzusehen. Wirtschaftliche Not ist immer kulturhindernd. Das Streben nach höherer Kultur ist nicht vom einzelnen ausgegangen, sondern durch die Gründung der Arbeitervereine, welche schon nach kurzer Zeit Schulungskurse für die Arbeiter einführten. Der schärfste Widerstand der Unternehmer galt dem Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit, weil man sich ganz richtig sagte, daß der Arbeiter erst durch Freizeit zur Überlegung kommt. Einer der größten Kulturwerte ist aber die Ausschaltung des Egoismus. Das kann nur der beurteilen, der vergleichen kann. Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht nur wirtschaftliche Bewegung, sondern auch geistige Bewegung. Sie hat in einem Menschenalter neue Menschen geschaffen. Der Arbeiter ging früher in seiner schmutzigen Arbeitskleidung nach Hause. Heute sieht man das selten. In fast allen Betrieben sind Waschgelegenheiten geschaffen, die zu Anfang durch die Gewerkschaften gefordert werden mußten. Heute sind diese hygienischen Einrichtungen durch Gesetze festgelegt. Das ist zweifellos eine Folge der Gewerkschaftstätigkeit. Aber nicht nur im Betriebe ist es anders geworden. Der Arbeiter stellt heute ganz andere Ansprüche an seine Wohnung. Die Bedürfnisse sind gestiegen. Sprache und Inhalt der Sprache sind anders geworden, als sie vor etwa 40 bis 50 Jahren waren. Ebenso fand man früher beim Arbeiter keine Bücher. Eben aus der Schule entlassen, hatte er kaum Zeit, das wenige Schreiben und Lesen, das er in der Schule erlernte, weiter zu pflegen. Erst durch die Freizeit konnte er Arbeiter zur Besinnung kommen und Anteil nehmen an Kulturgütern. Die Einschätzung der graphischen Arbeiter und besonders der Arbeiterinnen vor etwa 40 Jahren war sehr gering. Kollegin Hanna erzählte Erlebnisse, die sie in dieser Beziehung gehabt während ihrer Anlegerinnenzeit. Heute können wir wohl sagen, daß die graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen höher eingeschätzt werden als im allgemeinen ungelernte Arbeiter. Das ist die Folge der sehr guten Organisationsarbeit unseres Verbandes. Viele Frauen und Männer, die heute im öffentlichen Leben stehen, sind aus unserer Gewerkschaft hervorgegangen. Zu nennen ist unsere erste Vorsitzende, die Kollegin Paula Tiede, die zu einer Zeit den Vorsitz unserer Gewerkschaft übernahm, als im allgemeinen noch die Ansicht herrschte, daß sich für Frauen so etwas nicht schicke. Aber auch andere Kolleginnen haben an hervorragenden Stellen in der Arbeiterbewegung gestanden. (Z. B. die Kollegin Hanna. Der Schriftführer.) Auch unsere Löhne sind im Vergleich zu anderen Löhnen der ungelernten Arbeiter bessere zu nennen, wenn damit auch nicht gesagt werden soll, daß wir heute schon einen auskömmlichen Lohn verdienen. Unsere Gewerkschaft hat stets einen schweren Kampf zu führen gehabt. Das Buchdruckerunternehmertum ist ebenfalls immer sehr gut organisiert gewesen, aber niemals ist schwersten Kämpfen ausgewichen worden. Mit Stolz können wir sagen, daß unsere Organisation unsere eigene Arbeit ist. Die Gewerkschaftsbewegung ist stets reich gewesen an Intelligenzen. Außerordentlicher Fleiß hat Führerschaft und Funktionärkörper ausgezeichnet. Das Ergebnis sind gute Führer und gute Funktionäre. Referentin nennt Legien, Ebert, Braun, Wissell, Severing, Grzesinski und all die vielen Betriebsräte und Vertrauensleute, die ihre ganze Freizeit ausfüllen mußten, um sich die Kenntnisse anzueignen, die sie zu ihrem Amt brauchten. Die Fähigkeit und Möglichkeit ist erst geschaffen worden durch den Zusammenschluß der Arbeitenden. Auch die Frauen hatten die Möglichkeit, sich geistig zu entwickeln. Beweis sind unsere Funktionärinnen. Wenn es auch noch wenige sind, so muß man doch beachten, daß durch die lange Unterdrückung sehr leicht Minderwertigkeitsgefühle bei der Frau auftreten, die für sie hindernd sind in ihrer Arbeit. Die Kollegin Hanna wendete sich dann an die vielen Zweifler in der Gewerkschaftsbewegung, sowohl an die Unorganisierten wie auch an die Zweifler im eigenen Lager. Eine Übersicht zeigt, wie gering die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften ist gegenüber der Gesamtzahl aller Hand- und Kopfarbeiter einschließlich der Frauen. Meistens schrecken die Beiträge von der Organisation ab. Man will lieber die Beiträge sparen, um in der Notzeit auch einen Groschen zur Verfügung zu haben. Ein Beispiel aus einem Kölner Betrieb zeigt, wie falsch diese Auffassung ist. 25 Arbeiter und Arbeiterinnen sollten einen Lohn von 14 bis 42 Mark haben. Sie haben erhalten einen Lohn von 12 bis 29 Mark bei 52½stündiger Arbeitszeit. Sie haben in einem Jahr 16 000 Mark verloren oder pro Person 12 Mark die Woche. An Beiträgen haben sie gespart 1200 Mark oder pro Person 80 Pf. die Woche. Dabei sind noch nicht eingerechnet die verschiedenen tariflichen Aufschläge, ebenso der Schaden, den sie erlitten haben durch den Verlust der Unterstützungen bei Krankheit und Erwerbslosigkeit. Das ist ein abschreckendes Beispiel für alle Zauderer. Meistens hört man die Auffassung, wir haben ja Tarife und Schlichter. Die Lauheit in den Versammlungen muß aufhören. Die Ansicht, Schlichter und „Bonzen" werden den Tarif schon machen, ist in der heutigen Zeit außerordentlich gefährlich. Das gesamte Unternehmertum rüstet zum Sturm. Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit ist die Parole auf der ganzen Linie. Ein warnendes Beispiel ist der Ausgang des Berliner Metallarbeiterstreiks. 60 000 Streikbrecher haben die Front der Streikenden nicht unerheblich geschwächt. Die Arbeiterschaft braucht gerade heute eine straffe gewerkschaftliche Organisation. Nur dadurch ist es möglich, eine wirksame Abwehr gegen Lohnabbau und Faschismus zu gestalten. Alle Lauheit ist schädlich. Nur bewußte Organisation kann die zukünftige Gesellschaftsform bringen. Die Mutlosigkeit, weil Teile der Unternehmer Erfolg hatten, ist gefährlich, wenn das Unternehmertum ansetzt, um uns unsere Erfolge abzunehmen. Die Referentin wendete sich mit folgendem Ausruf an die Versammelten: „Glaubt an eure Kraft. Richtet die Mutlosen auf und schreckt vor den Schwierigkeiten nicht zurück! Nur so kann der Kampf für höhere Kultur Erfolg haben." Der Vorsitzende, Kollege Sellge, berichtete sodann über die Kündigung des Lohnabkommens im Buchdruck. Überall Lohnkürzungen, da darf unsere Unternehmerschaft nicht fehlen. Nach allem, was uns bisher bekannt ist, wollen unsere Unternehmer auch bei uns den Lohn abbauen. Das darf nicht geschehen. Sellge rief die Kollegenschaft auf, fest zusammenzuhalten, denn wir gingen schweren Kämpfen entgegen. Der Kollege Plett war unbefriedigt über den Bericht des Kollegen Sellge und verlangte, daß schon jetzt mehr getan werde. Zur Sache sprachen noch die Kollegen Lohse, Rohde, Danigel und Thormann, der die Opposition in recht taktischer Art zurückwies. Der Vorsitzende gab dann noch bekannt, daß die Weihnachtsunterstützung in den Tagen vom 17. bis 24. Dezember in der Zeit von 9 bis 12 Uhr zur Auszahlung gelangt.

Naumburg (Saale). Am 10. Dezember sprach in der Mitgliederversammlung der Gauleiter Kollege Wambacher (Erfurt) über das Thema: „Wirtschaftliche Lage und die Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe." Der Redner kennzeichnete in längeren Ausführungen die Bestrebungen der Reichsregierung und der Schlichtungsinstanzen auf Abbau der Löhne, welches das Allheilmittel zur Besserung der Wirtschaftslage sein soll. Daß die durch Lohnabbau sinkende Kaufkraft Handel und Wandel fördern soll, glaubt wohl kein vernünftiger Mensch. Was aber wirklich beabsichtigt ist, wurde auch in einem Artikel der Prinzipalszeitung ausgeführt, der zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit außer starkem Lohnabbau eine Verlängerung der Arbeitszeit empfiehlt. Wenn dann noch der Wunschtraum der Rechtsparteien einschließlich der Nazis auf Einführung der **Arbeitsdienstpflicht für junge Arbeiter in Erfüllung** ginge (die Bürgersöhnchen spielten dabei die Antreiber), dann wären wir glücklich im Dorado der Unternehmer gelandet. Gar bald würden dann denjenigen die Augen aufgehen, die in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit bis jetzt nicht die Gefahr erkannt haben, die ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Existenz, ihrer persönlichen und geistigen Freiheit und der Zukunft ihrer Kinder droht. Zu derselben Zeit, als die Spalten der Tageszeitungen von Nachrichten über Lohnabbau in allen möglichen Berufen voll waren, wurden von den Rechtsparteien mit Einschluß der 107 Großsprecher unter Hitlers Führung der Abbau der Pensionen über neuntausend Mark, die Sondersteuer auf Einkommen über fünfzigtausend Mark, eine Dividenden- und Tantiemensteuer im Reichstag abgelehnt. Wenn die Unternehmer im Buchdruckgewerbe der Auffassung sind, daß die graphische Arbeiterschaft ihre Lohnabbauabsichten sich willenlos gefallen läßt, dürften sie bitter enttäuscht werden. In der Stunde der Gefahr steht die Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes wie ein Mann zur Abwehr zusammen! Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine Ausführungen, die von den Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden. In der Aussprache wurde betont, daß die Mitglieder volles Vertrauen zu unseren Verhändlern haben und die Maßnahmen, die der Vorstand anordnet, strikt zur Durchführung bringen werden, um den Sieg über die Unternehmerpläne herbeizuführen.

Stuttgart. Am 1. Dezember fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Festsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege Werner gab unter „Mitteilungen" zunächst die Bildungsveranstaltungen des Ortsausschusses des ADGB. für das Winterhalbjahr 1930/31 bekannt und sprach die Hoffnung aus, daß sich auch aus unserem Kreise Kollegen und Kolleginnen daran beteiligen werden. Lose für die Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt sind bei allen Vertrauenspersonen und im Büro der Zahlstelle zu haben. Vom 11. November bis 21. Dezember findet in dem Anbau der Gewerbehalle eine Ausstellung statt: „Der gesunde und kranke Mensch." Vorzugskarten sind ebenfalls im Zahlstellenbüro erhältlich. Hierauf ging Kollege Werner in längeren Ausführungen auf die Kündigung der Lohntarife im Buchdruck sowie im Steindruck ein. Die Kündigung seitens der Unternehmer erfolgte auf der ganzen Linie zum Zwecke des Lohnabbaues. Die Kollegenschaft ist anderer Meinung, sie wird sich einmütig zur Wehr setzen, wenn die Unternehmer auf ihrem Verlangen bestehen bleiben sollten. Wir wollen uns jetzt nicht aus der Ruhe bringen lassen — die Kollegenschaft wird zu gegebener Zeit dem Rufe der Organisation Folge leisten. Mit diesem Gelöbnis waren alle Anwesenden einmütig einverstanden. Die Beträge für das dritte Quartal zeigten den Tiefstand der Konjunktur auch in unserer Zahlstelle. Das abgelaufene Quartal war das schlechteste seit dem Bestehen der Zahlstelle. Es kommt dies zum Ausdruck 1. durch die hohe Arbeitslosenziffer, 2. durch die hohen Ziffern in der Auszahlung der Unterstützungen, 3. durch die Kurzarbeit, 4. durch die Mindereinnahmen, wie diese naturnotwendigerweise die Folgen der Punkte 1 bis 3 sind. Allem Anschein nach ist der tiefste Stand in der absteigenden Konjunktur noch nicht einmal erreicht, wie die nachfolgenden Zahlen beweisen. Im Juli zählten wir 901 Mitglieder, davon waren 49 arbeitslos. Verkürzt gearbeitet haben um 1 bis 8 Stunden pro Woche 170 Mitglieder, 9 bis 16 Stunden pro Woche 61 Mitglieder, 17 bis 24 Stunden pro Woche 10 Mitglieder. Im August waren arbeitslos 65 Mitglieder. Verkürzt gearbeitet haben um 1 bis 8 Stunden 272, 9 bis 16 Stunden 60 und um 17 bis 24 Stunden pro Woche 10 Mitglieder. Im September waren arbeitslos 84 Mitglieder, um 1 bis 8 Stunden verkürzt arbeiteten 312 Mitglieder. Im Oktober waren 88 Mitglieder arbeitslos und im November 90 Mitglieder. Die Kurzarbeit hielt sich auf der Höhe der Vormonate. Die Mitgliederzahl ging in dieser Zeit zurück von 901 auf 865. Der Rückgang ist verursacht durch die Stillegung der Firma Bauer & Co. und durch den Wegzug der „Metallarbeiter-Zeitung" von Stuttgart. Das laufende Quartal wird uns einen weiteren Rückgang durch den Zusammenbruch der Firma Lauser bringen. Alle diese Tatsachen kommen im Rechnungsabschluß des dritten Quartals 1930 zur Geltung. Die Zahlstelle vereinnahmte an Aufnahmegebühren 2,30 M., an Beiträgen 7696,70 M., an die Hauptkasse wurden 3574,59 M. gesandt. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: für Arbeitslose 2618,90 M., für Kranke 711,85 M., für Gemaßregelte 180 M., so daß an Unterstützungen 3511,35 M. ausgezahlt worden sind. Aus der Invalidenkasse wurden an Invalide 512 M. ausgezahlt. Beitragsfreie Wochen wurden zusammen 2012 verzeichnet. Den Revisionsbericht gab Kollege Simminger, Kasse und Bücher wurden in Ordnung gefunden. Nach kurzer Diskussion konnte die Versammlung diesen Punkt verlassen und zum Punkt „Verschiedenes" übergehen. Kollege Werner machte noch auf verschiedene Veranstaltungen der nächsten Zeit aufmerksam. Zum Schluß folgte der Film der Bank der Arbeiter. Angestellten und Beamten: „Vereinte Kraft Großes schafft!"

Rundschau

Wer bietet das meiste? Kürzlich befand sich in einer Fachzeitschrift für das Versicherungswesen folgendes Inserat: „Wegen Erbauseinandersetzung ist die Majorität (51 Proz.) einer gut prosperierenden deutschen Versicherungs-Aktiengesellschaft zu verkaufen. Es handelt sich um eine Sachversicherungsgesellschaft, welche auf ihrem speziellen Gebiet beste Erfolge aufweist, guten Ruf genießt und über einen sehr umfangreichen, soliden Geschäftsbestand und eine ausgedehnte, bestqualifizierte und rührige Organisation verfügt. Verhandlungen werden nur aufgenommen mit offensichtlich ernsten Interessenten (Horcher zwecklos!), welche in der Lage sind, ihre Zahlungsfähigkeit nachzuweisen. — Unbedingte Verschwiegenheit wird verlangt und zugesichert. — Angebote unter J. J. 3325 befördert Rudolf Mosse, Berlin SW 100." Ein typisches Zeichen unserer Zeit! Es bleibt sich gleich, ob es sich um den Besitz der Aktienmehrheit eines industriellen Unternehmens oder einer Versicherungs-Aktiengesellschaft handelt. Das Schicksal der Versicherten spielt in diesem Falle keine Rolle. Aber — Horcher sind zwecklos!

Ein Diskussionsredner zur RGO. „Werte Kollegen! Wir müssen die Gewerkschaften stärken, denn sie sind der einzigste Schutz der Arbeiterschaft gegen die Übergriffe der Unternehmer. Auch ich bin seit langem eingeschriebenes Mitglied der KPD., sie wollte mich ebenfalls heranziehen zur RGO., zur ‚Roten Gewerkschafts-Opposition'. Das habe ich aber entschieden abgelehnt, weil es nur zu einer Zersplitterung der Gewerkschaften und damit zu einer Schwächung der Arbeiterschaft führen kann. Den Mumpitz mache ich nicht mit. Ich erkenne gern an, daß wir unsere Lohnerhöhungen von 1924 bis heute in Höhe von 80 bis 90 Proz. nicht erreicht hätten, wenn wir unsere Gewerkschaften nicht gehabt hätten. Die Gewerkschaften, das sind nicht die einzelnen Angestellten ‚da oben', sondern das sind wir! Und wer sich heute noch nicht der Gewerkschaft anschließen will, der ist ein Beitrag-Drückeberger, einen andern Grund gibt es gar nicht. Bedenkt, daß allein die Erreichung des tariflichen Urlaubs fast soviel wert ist, wie der Verbandsbeitrag für ein ganzes Jahr! Bedenkt weiter, daß jeder von euch einmal in die Lage kommen kann, die Hilfe des Verbandes in Anspruch zu nehmen, sei es vor den Arbeitsgerichten, den Versicherungsämtern oder in Vertretung besonderer Berufsfragen. Da kann euch die politische Partei nicht vertreten, dafür braucht ihr Fachleute, wie unsere Gewerkschaftsangestellten. Darum sage ich noch einmal: Wer ein ehrlicher Arbeiter und Klassengenosse sein will, wer sich nicht auf die Knochen seiner organisierten Kollegen stützen will, wer nicht als Schmarotzer durchs Leben und durch den Betrieb gehen will, der schließe sich sofort dem Verband an und werde ein tätiges Mitglied der Gewerkschaftsbewegung." So sprach kürzlich ein einfacher Arbeiter in einer Gewerkschaftsversammlung. Dem ist nichts hinzuzusetzen.

Literatur

„Abtreibung und Geburtenregelung." Von Professor Felix Halle. 32 Seiten stark. Mit zweifarbigem Bildumschlag. Preis 25 Pf. Erschienen im Mopr-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7. Erhältlich in allen Buchhandlungen.

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Volkstümlich dargestellt von Fritz Naphtali. Nach einem Vortrag gehalten in der Freien Sozialistischen Hochschule in Berlin am 8. November 1930. J. H. W. Dietz Nachfolger, G. m. b. H., Berlin SW. 68. 32 Seiten. 30 Pf.

„Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband Deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137.

„Die Arbeit", Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleitung Lothar Erdmann. Heft 11. 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H. Berlin S. 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M.

Unserem Kollegen **Karl Spalthoff** zu seinem am 20. Dezember stattfindenden **30jährigen Verbandsjubiläum** die **herzlichsten Glückwünsche.**

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Bielefeld.

Für die Woche vom 14. Dezember bis 20. Dezember ist die Beitragsmarke in das 51. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: K. Schulze, Charlottenburg, Meerscheidtstraße 5. Fernspr.: Amt Westend 1328. — Verlag: H. Lodahl, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckwerkstätte GmbH. Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.